

Diskussion und Neuformulierung der Forderungen aus Sicht der AG Globale Gerechtigkeit der Bits & Bäume Bewegung

Der Globale Süden hat ein Recht auf Freiraum um Digitalisierung zu entwickeln. Der Globale Norden darf Emanzipation und Partizipation nicht erschweren mit Forderungen, die vor allem im Globalen Norden zu erheben sind, etwa eine Pflicht zu Offenheit und Suffizienz oder ein Verbot von regionalen Monopolen oder Protektionismus. Digitalisierung im Globalen Süden kann Entwicklung nur ermöglichen, wenn der Globale Norden akzeptiert, dass er nicht vorgeben darf, wie sie zu erfolgen hat. Auch ist globale Gerechtigkeit nur durch Umverteilung von Nord nach Süd und, bei begrenzten gemeinsamen Ressourcen, durch Verzicht des Nordens zugunsten des Südens möglich.

Ungeklärte Frage

Wer ist Adressatin dieser Forderungen? Die Bundesregierung? Eine gedachte Weltregierung, die Weltgemeinschaft?

Zum besseren Verständnis könnte eingefügt werden

Klick auf Forderung: Mehr Hintergrund

Klick auf Begriff: Erläuterung

Was fehlt

Ethik und KI/Algorithmen: Hier droht wegen unterschiedlicher Wertesysteme eine erneute Kolonialisierung.

Die AG Globale Gerechtigkeit

<https://discourse.bits-und-baeume.org/c/ags-und-internes/ag-globale-gerechtigkeit/25>

<https://discourse.bits-und-baeume.org/g/ag-global-gerecht>

Sozial-ökologische Zielsetzung bei Gestaltung der Digitalisierung

1.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
<p>Die Gestaltung der Digitalisierung soll dem Gemeinwohl dienen. Sie darf nicht einseitig auf die Förderung einer wirtschafts- und wachstumspolitischen Agenda abzielen, sondern muss auf sozial-, umwelt-, entwicklungs- und friedenspolitische Ziele ausgerichtet sein. Die Digitalisierung soll zu einer nachhaltigen Energie-, Verkehrs-, Agrar- oder Ressourcenwende beitragen und konkrete Beiträge zur umfassenden Gewährleistung der Menschenrechte, der Klimaschutzziele und zur Beendigung von Hunger und Armut leisten. Eine nachhaltige Digitalisierung in unserem Sinne setzt auf sinnvolle, menschenwürdige Arbeit, soziale Gerechtigkeit und suffiziente Lebensstile.</p>	<p>Diese Sicht ist global nördlich.</p> <p>Wirtschaftliches Wachstum zu fokussieren ist in vielen Ländern ein wesentliches Mittel zur Überwindung von Armut und darum durchaus mit dem Gemeinwohl vereinbar und ein sozialpolitisches Ziel.</p>	<p>Für Kleinbauern (smallholder farmers), die in ihrer Gesamtheit die meisten Menschen auf der Erde ernähren, kann ICT einen großen Unterschied machen (S. 129 World-Social-Report-2021_web_FINAL) was z.B. Ernteverluste (Wetterbericht), Verarbeitungsverluste (Zugang zu Wissen über Methoden) oder Lagerverluste (zusätzliche Abnehmer) angeht.</p> <p>Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Bauern nicht von einzelnen Unternehmen abhängig gemacht werden (S. 66 World-Social-Report-2021_web_FINAL).</p> <p>Verkehrswende bedeutet in ländlichen Gegenden weltweit etwas anderes als in städtischen.</p>

Vorschlag für Neuformulierung

Sozial-ökologische Zielsetzung bei Gestaltung der Digitalisierung

1. Die Gestaltung der Digitalisierung soll **global** dem Gemeinwohl dienen. Sie darf nicht einseitig auf die Förderung einer wirtschafts- und wachstumspolitischen Agenda **des Globalen Nordens** abzielen, sondern muss auf **globale** sozial-, umwelt-, entwicklungs- und friedenspolitische Ziele ausgerichtet sein. Die Digitalisierung soll zu einer nachhaltigen Energie-, Verkehrs-, Agrar- oder Ressourcen**entwicklung oder** -wende beitragen und konkrete Beiträge zur umfassenden Gewährleistung der Menschenrechte, der Klimaschutzziele und zur Beendigung von Hunger und Armut leisten. Eine nachhaltige Digitalisierung in unserem Sinne setzt auf sinnvolle, **auskömmliche**, menschenwürdige Arbeit, soziale Gerechtigkeit und suffiziente Lebensstile.

Anerkung:

auskömmliche Arbeit = decent work

Demokratie

2.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
<p>Basis einer gerechten Gesellschaft sind demokratische Entscheidungen: Die Digitalisierung muss in sich demokratischer gestaltet werden und gleichzeitig demokratische Prozesse unterstützen, statt diesen entgegenzuwirken. Dafür muss sie konsequent darauf ausgerichtet werden, emanzipatorische Potenziale, dezentrale Teilhabe, offene Innovationen und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern.</p>	<p>Demokratie ist nicht gleich Partizipation. Mitbestimmung kann auch in unvollständig demokratischen Kontexten gelebt werden. Echte Demokratie ist für die meisten Menschen keine Realität. Digitalisierung muss in sich gleichberechtigt gestaltet werden und gleichzeitig partizipative Prozesse unterstützen.</p> <p>Dezentrale Teilhabe verstehen wir hier als: Teilhabe nicht nur für Eliten in Zentren, sondern für alle auch in abgelegenen Gegenden.</p>	<p>Damit weltweit Digitalisierung in sich partizipativ und gleichberechtigt sein kann, müssen alle Menschen die Chance haben, Digitalisierung und besonders Algorithmen verstehen zu können und zu wissen, was Computer tun (können). Dazu ist es nicht notwendig, obgleich es ein mittelfristiges Ziel sein soll, dass alle Menschen sofort Zugang zu digitalen Endgeräten haben. Vielmehr ist es wesentlich, dass Funktionsweisen der digitalen Welt verstanden werden können. Denn nur so können Menschen sich ein Bild machen und informierte Entscheidungen über Digitalisierung treffen. Damit Digitalisierung zivilgesellschaftliches Engagement fördern kann, muss zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich Digitalisierung gefördert werden. Partizipative Ansätze beinhalten Information, Diskussion und Meinungsbildung für alle Betroffenen; das ist bei demokratischen nicht unbedingt der Fall, wo diese Prozesse delegiert werden können.</p>

Vorschlag für Neuformulierung

Partizipation Demokratie und Mitbestimmung

2. Basis einer gerechten Gesellschaft sind demokratische **partizipative** Entscheidungen: Die Digitalisierung muss in sich demokratischer **demokratisch und gleichberechtigt** gestaltet werden und gleichzeitig demokratische **partizipative** Prozesse unterstützen, statt diesen entgegenzuwirken. Dafür muss sie konsequent darauf ausgerichtet werden, emanzipatorische Potenziale, dezentrale Teilhabe, offene Innovationen und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern.

Datenschutz und Kontrolle von Monopolen

3.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
<p>Datenschutz, Manipulationsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung sollen als Grundlage von freien, demokratischen, friedlichen und langfristig souveränen Gesellschaften national und global vorangetrieben werden.</p>	<p>Dargestellter Zusammenhang („Grundlagen“) ist nicht zwingend.</p> <p>Der Begriff „Manipulationsfreiheit“ ist nicht selbsterklärend und doppeldeutig. Der Überbegriff Informationssicherheit (als Teil von Integrität) ist besser geeignet.</p>	<p>Mobiler Zugang zu datenbezahlten sozialen Netzwerken ist im globalen Süden in Geld häufig kostenlos, da er als zero-rating Angebot im Mobilfunk-Vertrag verankert ist (d.h. es werden keine Entgelte für die Datenübertragung zu/von z.B. facebook erhoben).</p> <p>Der Weg zu anderen Netzwerken kostet Geld (da kein zero-rating).</p> <p>Dadurch ist sowohl der Datenschutz als auch die Freiheit von Manipulation und die informationelle Selbstbestimmung der Kund:innen bedroht.</p>
4.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
<p>Es müssen Rahmenbedingungen zur Kontrolle digitaler Monopole geschaffen werden, damit sich im Norden und globalen Süden eine eigene, selbstbestimmte digitale Wirtschaft entwickeln kann. Bestehende Monopole von Betreiber*innen kommerzieller Plattformen müssen gebrochen werden, indem beispielsweise eine definierte Schnittstelle zum Austausch zwischen Social-Media-Diensten verpflichtend eingeführt wird.</p>	<p>Z.B. der Google Summer of Code wird von einem Monopolisten ausgerichtet und fördert dennoch die selbstbestimmte digitale Wirtschaft im Bereich open source (wenn auch nicht von free software – wie in freedom), gerade im globalen Süden.</p> <p>Der Absatz macht einen paternalistischen Eindruck, wenn der Globale Norden für den Globalen Süden sorgt.</p> <p>Es fehlen Alternativen zu den Monopolisten als Lösungsansatz.</p> <p>Vielfach verlassen sich Kleinst- und kleine Unternehmen auf die vermeintlich kostenlosen Kommunikations-Dienste von Oligopolisten, die sie, mangels Alternative, mit ihren Daten bezahlen.</p> <p>GAFAM sammelt Daten wie verrückt in zukünftigen Absatzmärkten des Globalen Südens, weil ihre kostenlosen Angebote die Kommunikations-Infrastruktur und sonstige Angebote (wie google classroom) für viele Bereiche von</p>	<p>Menschen mit wenig Geld können es sich nicht leisten, monopolistische social-media Anbieter zu meiden. Das Fediverse z.B. lebt von selbst betriebenen Instanzen. Diese Infrastruktur könnte aber auch von supra- oder internationalen Institutionen (z.B. Afrikanische oder Europäische Union, UN-Institutionen) bezahlt und von lokalen Akteur:innen betrieben werden.</p>

4.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
	Wirtschaft, Bildung und Verwaltung zum Standard geworden sind.	

Vorschlag für Neuformulierung

Datenschutz und Kontrolle von Monopolen

3. **Informationssicherheit**, Datenschutz, Manipulationsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung sollen als Grundlage von freien, demokratischen, friedlichen und langfristig souveränen Gesellschaften national und global vorangetrieben werden. **Digitale Souveränität muss auch für finanziell arme Menschen möglich sein, darum müssen weltweit Bedingungen geschaffen werden, die Information über und kostenlose oder kostengünstige Bereitstellung von freien und datensparsamen Diensten (z.B. Email) und Plattformen (z.B. für Kurznachrichten) ermöglichen.**
4. Es müssen Rahmenbedingungen zur Kontrolle digitaler Monopole **und Oligopole** geschaffen werden, damit sich im **Globalen Norden** und **globalen Globalen Süden** eine eigene, selbstbestimmte digitale Wirtschaft entwickeln kann. Bestehende Monopole von Betreiber*innen kommerzieller Plattformen müssen gebrochen werden, indem beispielsweise eine definierte Schnittstelle zum Austausch zwischen Social-Media-Diensten verpflichtend eingeführt wird. **Freie Lösungen müssen langfristig international institutionell finanziert werden, um eine echte Auswahl zu ermöglichen und Kompetenzen weiter zu fördern, dies gilt auch für die Entwicklungszusammenarbeit.**

Bildung

5.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
Politische Regulierung muss darauf zielen, auch Informationen und Bildungsangebote zu Technik und Wirkungsweisen als einen Teil des öffentlichen Gemeinguts zu begreifen, sie müssen elementarer Bestandteil des öffentlichen Wissens sein. Ein kritischer und emanzipatorischer Umgang mit digitaler Technik soll Teil von digitaler Bildung sein, dazu gehört auch der kompetente Umgang mit Falschinformationen und Hassrede in digitalen Medien.	Der Globale Süden kann mit digitaler Bildung nicht warten, bis die Technik überall verfügbar ist. Es müssen innovative Methoden gefunden und angewandt werden, die digitale Bildung analog oder mit geringen digitalen Mitteln vorbereiten und ermöglichen.	Bildung im Bereich Digitalisierung darf nicht nur mit digitalen Mitteln erfolgen, sondern muss auch analoge Ressourcen verwenden, damit gewährleistet ist, dass sie überall stattfinden kann. Ein Satz von lokal anpassbaren und leicht zu übersetzenden (in einfacher Sprache gehaltenen) Lektionen für jede Altersstufe als Open Educational Resource kann dafür entwickelt werden. Digitale Nachhaltigkeit ist wesentlich!

Vorschlag für Neuformulierung

Bildung

5. Politische Regulierung muss darauf zielen, auch Informationen und Bildungsangebote zu Technik und Wirkungsweisen als einen Teil des öffentlichen Gemeinguts zu begreifen, sie müssen elementarer Bestandteil des öffentlichen Wissens sein. Ein kritischer und emanzipatorischer Umgang mit digitaler Technik soll Teil von digitaler Bildung sein, dazu gehört auch der kompetente Umgang mit Falschinformationen und Hassrede in digitalen Medien. **Dazu muss Bildung im Bereich Digitalisierung auch mit analogen Mitteln erfolgen, damit niemand ausgeschlossen wird. Entsprechende lokal leicht anpassbare, freie Lehr- und Lernmittel müssen entwickelt und zur Verfügung gestellt werden.**

Entwicklungs- und Handelspolitische Aspekte

6.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
<p>Länder des globalen Südens müssen die Möglichkeit haben, eine eigene auf die lokalen und nationalen Bedürfnisse ausgerichtete Digitalisierung zu entwickeln. Alle Gesellschaften sollen gleichen Anteil an Nutzen und Kosten der Digitalisierung haben können. Die negativen Seiten wie menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Umweltverschmutzung, Gesundheitsschäden und Elektroschrott dürfen nicht einseitig auf den globalen Süden abgewälzt werden.</p>	<p>Dies muss für alle Länder gelten. „Gleicher Anteil“ ist ein dehnbarer Begriff. Wenn nicht auf den Globalen Süden abwälzen, was dann? Digitalisierung soll keine Lasten produzieren, sondern muss nachhaltig sein.</p>	<p>Abarbeiten, was bis jetzt angefallen ist. (z.B. Elektroschrott), kann auch im Globalen Süden erfolgen, wenn Regeln eingehalten werden.</p>
7.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
<p>Bilaterale und multilaterale Handelsabkommen dürfen keine Verbote und Einschränkungen in den Bereichen Besteuerung (Taxation), Offenlegung des Quellcodes (Open Source) und Ort der Datenverarbeitung (Localisation) enthalten.</p>	<p>Diese Formulierung geht von mindestens einem starken Partner im Globalen Norden aus. Die AU (hier: afrikanische Zollunion) darf doch wohl einschränken, was sie will. Ist eine Mindestbesteuerung eine Einschränkung? Ja, denn sie beschränkt das Recht der Nicht-Besteuerung. Der Begriff „localisation“ allein erschließt sich hier nicht. Der Ort der Datenverarbeitung muss frei verhandelbar sein. Wie kann sonst ein Staat verlangen, dass seine Daten oder Daten seiner Bürger:innen nur inländisch verarbeitet werden dürfen? Merke: nicht alle Staaten haben bereits entsprechende Gesetze.</p>	<p>Handelsabkommen dürfen kein Knebel sein. Dennoch muss es für Partner möglich sein, Einschränkungen zu verhandeln.</p>
8.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
<p>Die Technologie-Branche muss verpflichtet werden, in Fragen der</p>	<p>Strafbewehrung fehlt, Art der</p>	<p>Die Forderung ergibt für Deutschland nur</p>

Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit die Prinzipien menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfaltspflichten in den Abbau- und Produktionsländern konsequent anzuwenden.	Festlegung (z.B. gesetzlich verpflichtet) fehlt, globale Gültigkeit fehlt	Sinn, wenn sie über das bestehende Lieferkettengesetz hinausgeht. Nachhaltigkeit muss hier unbedingt als wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig verstanden werden. Ansonsten ist es nur ein Füllwort.
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Vorschlag für Neuformulierung

Entwicklungs- und Handelspolitische handelspolitische Aspekte

6. **Alle** Länder des globalen Südens müssen die Möglichkeit haben, eine eigene auf die auf die lokalen und nationalen **eigenen** Bedürfnisse ausgerichtete Digitalisierung zu entwickeln. Alle Gesellschaften sollen gleichen Anteil an Nutzen und Kosten der Digitalisierung haben können. Die negativen Seiten wie menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Umweltverschmutzung, Gesundheitsschäden und Elektroschrott dürfen nicht einseitig auf den **g**lobalen Süden abgewälzt werden, **vielmehr muss die künftige Vermeidung und Abarbeitung der vorhandenen Ungerechtigkeiten in der Verantwortung der Nutznießer liegen.**
7. **Wirtschaftliche starke Partner aus dem Globalen Norden dürfen in b**ilaterale und multilaterale Handelsabkommen **dürfen** keine Verbote und Einschränkungen in den Bereichen Besteuerung (Taxation), Offenlegung des Quellcodes (Open Source) und Ort der Datenverarbeitung (**Data** Localisation) **enthalten** **verlangen.**
8. Die Technologie-Branche muss **weltweit und strafbewehrt gesetzlich** verpflichtet werden, in Fragen der Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit die Prinzipien menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfaltspflichten in den Abbau- und Produktionsländern konsequent anzuwenden.

IT-Sicherheit

9.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
<p>Mangelhafte Software hat negative Folgen für deren Nutzer*innen, die Sicherheit ihrer Daten und die digitale Infrastruktur insgesamt. Es bedarf einer Softwarehaftung, damit Software-Hersteller die Verantwortung für die entstehenden Risiken (z. B. Sicherheitslücken) tragen, statt die Qualität ihrer Software dem Profit zu unterwerfen. IT-Sicherheit ist die Grundlage einer nachhaltigen digitalen Gesellschaft.</p>	<p>Eine generelle Haftung kann ein Hemmschuh für FLOSS und IT-Entwicklung sein.</p> <p>FLOSS schließt generell eine Haftung in den AGB aus, was nur durch den Trick als Schenkung angesehen zu werden, juristisch überhaupt möglich ist.</p> <p>Software-Haftung als Produkthaftung ist schon in Europa juristisch ein schwieriges Feld, von einer weltweiten Ausgestaltung ganz zu schweigen.</p> <p>Der letzte Satz ist keine Forderung.</p>	<p>Bekannte Lücken müssen in time geschlossen werden, QM</p>

Vorschlag für Neuformulierung

IT-Sicherheit

9. **IT-Sicherheit ist eine Grundlage nachhaltiger Digitalisierung.** Mangelhafte Software hat negative Folgen für deren Nutzer*innen, die Sicherheit ihrer Daten und die digitale Infrastruktur insgesamt. Es bedarf einer **weltweiten und strafbewehrten gesetzlichen Nachbesserungspflicht für bekannte bzw. bei adäquater Stelle gemeldete sicherheitsrelevante Fehler.** ~~Softwarehaftung, damit Software-Hersteller die Verantwortung für die entstehenden Risiken (z. B. Sicherheitslücken) tragen, statt die Qualität ihrer Software dem Profit zu unterwerfen. IT-Sicherheit ist die Grundlage einer nachhaltigen digitalen Gesellschaft.~~

Langlebigkeit von Software und Hardware

10.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
<p>Software muss selbstbestimmt nutzbar sein, reparierbar sein und langfristig instand gehalten werden können, so wie es Open-Source-Software bereits verwirklicht. Hersteller müssen daher beispielsweise Sicherheitsupdates für die Hardware-Lebensdauer von Geräten bereitstellen und nach Ende des Supports den Quellcode als Open-Source-Variante freigeben, statt „Software Locks“ einzubauen.</p>	<p>Open source als Beispiel ist nicht notwendig. Hardware Lebensdauer? Die kann von Herstellern einfach begrenzt werden.</p>	<p>Globaler Süden hat häufig alte Geräte, daher ist die besonders relevant. Die Wirtschaft wird die Kosten aber auf die Kund:innen abwälzen, darum ist ein grundsätzliches Umdenken notwendig.</p>

11.	Bedenken, Fragen, Widerspruch	Ausgestaltung
<p>Elektronische Geräte müssen reparierbar und recyclebar sein – geplante Obsoleszenz darf es nicht geben. Dafür müssen Garantiefristen massiv ausgeweitet werden; Hersteller müssen Ersatzteile, Reparaturwerkzeug und Know-How für alle anbieten und langfristig vorhalten. Dies soll unterstützt werden durch eine stärkere finanzielle Förderung offener Werkstätten bzw. Repair-Cafés und gemeinwohlorientierter Forschung und Produktentwicklung. Öffentliches Forschungsgeld darf es nur für Open-Source-Produkte geben.</p>	<p>Warum nur Forschungsgeld? Hürden sehr hoch im Globalen Süden Teilnahme nur möglich, wenn genügend Geld da ist</p>	<p>Im Globalen Süden nur möglich, wenn der Globale Norden seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommt</p>

Vorschlag für Neuformulierung

Langlebigkeit von Software und Hardware

10. Software muss selbstbestimmt nutzbar sein, reparierbar sein und langfristig instand gehalten werden können, ~~so wie es Open-Source-Software bereits verwirklicht~~. Hersteller müssen daher ~~beispielsweise~~ Sicherheitsupdates für die **gesamte unabhängig ermittelte, optimale** Hardware-Lebensdauer von Geräten bereitstellen und nach Ende des Supports den Quellcode als Open-Source-Variante freigeben, ~~statt „Software Locks“ einzubauen~~.

11. Elektronische Geräte müssen reparierbar und recyclebar sein – geplante Obsoleszenz darf es nicht geben. Dafür müssen Garantiefristen massiv ausgeweitet werden; Hersteller müssen Ersatzteile, Reparaturwerkzeug und Know-How für alle anbieten und langfristig vorhalten. Dies soll unterstützt werden durch eine stärkere finanzielle Förderung offener Werkstätten bzw. Repair-Cafés und gemeinwohlorientierter Forschung und Produktentwicklung **mit öffentlichen Geldern. Generell sollen Öffentliches Forschungsgelder** ~~darf es nur für Open-Source-Produkte~~ **ausgegeben werden**.